

Landesmigrantenvertretung fordert den 08. Mai als Feiertag in Deutschland

Stuttgart, 07.05.2020

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) fordert, dass der 08. Mai in Deutschland ein Feiertag werden muss.

2020 jährt sich die Kapitulation und die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus zum 75. Mal. Aber dieses Jahr wird sich das Gedenken an den 8. Mai 1945 sehr still vollziehen. In Zeiten der Corona-Pandemie finden keine öffentliche Gedenkveranstaltungen statt, keine Feier wird an die Befreiung Nazi-Deutschlands durch die Alliierten erinnern und wenn, dann finden Zeremonien online bzw. ohne Publikum statt.

„Unabhängig von der Corona-Pandemie stellen wir uns natürlich die Frage, wie Gedenken an das Kriegsende vor 75 Jahren in Deutschland überhaupt stattfindet“, sagt der Vorsitzende Dejan Perc. Deutschland ist heute natürlich nicht mehr dasselbe Land, das es einst unter der Naziherrschaft war und selbstverständlich wurde „viel getan, um des Holocausts zu gedenken, besonders seit der Wiedervereinigung“, so Dejan Perc weiter, „und trotzdem herrscht in der Gesellschaft viel Nichtwissen über die Vergangenheit und leider auch ein gewisses Desinteresse.“ Rechtsextreme Tendenzen und Gewalt nehmen zu. Nicht zuletzt die Mordserie des NSU und die Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker dokumentieren diese Entwicklung. „Deshalb sollten Staat und Politik auch solche wichtigen Symbole setzen und einen Feiertag einführen, um sicherzustellen, dass die andauernde Auseinandersetzung mit dem Thema Nationalsozialismus und dessen Weiterwirkung als Rechtsextremismus von grundlegender Bedeutung für die deutsche Gesellschaft ist und bleibt“, so Dejan Perc abschließend.

Hintergrundinformationen:

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) als parteiübergreifender, überethnischer und überkonfessioneller Verband vertritt die kommunalen Migrantenvertretungen in Baden-Württemberg. Der LAKA ist legitimer Ansprechpartner der Landesregierung (PartIntG BW § 10) und des Landtages, aller relevanten Organisationen auf

Landesebene, vergleichbarer Migrantengremien in anderen Bundesländern und dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI).

Er setzt sich seit seiner Gründung 1998 auf politischer Ebene für die konstruktive Zusammenarbeit und Verständigung zwischen baden-württembergischen Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft ein. Wichtige Forderungen des LAKA sind das kommunale Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs sowie die Einführung des herkunftssprachlichen Unterrichtes unter staatlicher Aufsicht an den Schulen in Baden-Württemberg.